

Streitzeit

Nr.03
01.04.2010

Die Kopfpauschale ist teuer und ungerecht

Einige gesetzliche Krankenkassen müssen von ihren Versicherten Zusatzbeiträge einfordern. Das hat die Diskussion über die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) weiter angeheizt. Gesundheitsminister Rösler versucht, die Einführung der Zusatzbeiträge als Sprungbrett für seine Pläne zu einem Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale zu nutzen. Die Botschaft der Koalition lautet: Die Krankenkassen seien angeblich schuld an den ungeliebten Zusatzbeiträgen. Diese Kritik ist scheinheilig. Denn tatsächlich hat die Koalition die Notwendigkeit von Zusatzbeiträgen durch die mangelnde finanzielle Ausstattung des Gesundheitsfonds provoziert.

Nur Versicherte zahlen

Schon dieser pauschale Zusatzbeitrag zeigt die Ungerechtigkeit des Modells Kopfpauschale. Es ist ein großer Unterschied, ob eine Kassiererin oder ein Filialleiter 8€ zusätzlich im Monat draufzahlen muss.

Dazu kommt: Auch Hartz-IV-Bezieher müssen die Pauschale zahlen, obwohl der Regelsatz nicht zum Leben reicht. Die Arbeitgeber dagegen bleiben fein raus – und zahlen nichts. Die Versicherten jedoch zahlen eh schon seit Juli 2005 0,9 Beitragsatzpunkte mehr als die Arbeitgeber. Gerech ist das nicht.

Die Einführung einer Kopfpauschale würde vor allem kleinere

und mittlere Einkommen und Familien belasten. Nach Berechnungen des Instituts für Gesundheitsökonomie müssten von jedem Beitragszahler 145 Euro im Monat erhoben werden, um genauso viel einzunehmen wie zurzeit mit dem Arbeitnehmerbeitrag zur GKV in Höhe von 7,9%. Der Arbeitgeberanteil hingegen soll nach dem Willen der Bundesregierung eingefroren werden.

100 Euro mehr im Monat

Ohne staatlichen Solidarausgleich würde eine solche Kopfpauschale Familien mit einem Brutto-Monatseinkommen bis etwa 3200 Euro zusätzlich belasten (s. Grafik). Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen (einer bislang beitragsfrei mitversichert) mit dem Durchschnittseinkommen eines Kfz-Mechanikers in Höhe von rund 2400 Euro müsste statt heute 189,60 Euro Kopf-

pauschalen in Höhe von 290 Euro zahlen.

Wie Solidarausgleich zahlen?

Will man diese enormen Mehrbelastungen vermeiden, wäre ein kostspieliger staatlicher Solidarausgleich notwendig. 38,66 Mrd. Euro Steuergelder bräuchte man, um Mehrbelastungen zu verhindern, zeigen Berechnungen des Instituts für Gesundheitsökonomie. Woher soll das Geld kommen? 2009 erreichte das Staatsdefizit den Allzeitrekord von 105 Mrd. Euro. Für 2010 sind 85,5 Mrd. Euro Neuverschuldung geplant. Bleiben zwei Möglichkeiten: Steuern rauf oder staatliche Leistungen runter.

Da zurzeit Steuersenkungen diskutiert werden, drohen also Einschnitte bei Schulen, Kindergärten, ÖPNV und Hallenbädern, um etwas einzuführen, was ungerecht ist – die Kopfpauschale.

Verkehrte Welt

Die Umstellung vom jetzigen umlagefinanzierten GKV-System zu einer Kopfpauschale wäre fachlich nicht nachvollziehbar. Sie wäre nur ideologisch und verteilungspolitisch zu begründen: Höhere Einkommen sollen entlastet und die Solidarität abgebaut werden. Die Kopfpauschale birgt immense Risiken und Nebenwirkungen. Die Versicherten müssten in Zukunft alle Kostensteigerungen völlig unabhängig vom individuellen Einkommen alleine finanzieren. Fein raus sind die Arbeitgeber. Ihr Beitrag zur GKV wird eingefroren. So will es der Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Da ist es kein Wunder, dass sich die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft für das Modell Gesundheitsprämie/Kopfpauschale stark macht. Verkehrte Welt: Über äußerst unsichere Steuerzuschüsse müsste man den Sozialausgleich in der GKV wegen der Kopfpauschale neu erfinden. Einen viel besseren Sozialausgleich gibt es bereits heute mit dem prozentualen Beitragssatz. Dieses System ist gerecht und bleibt finanziell solide, wenn die Einnahmen durch eine Ausweitung des Versichertenkreises gestärkt werden.

Verteilungswirkung der Kopfpauschale für Haushalte mit zwei Erwachsenen (290 Euro)
(Bruttomonatseinkommen in €, minus = Belastung, plus = Entlastung; Quelle: Institut für Gesundheitsökonomie, 2009)

